Sabine Plonz, Münster / Duisburg

Fremdenhass und Islamfeindlichkeit. Eine christliche Perspektive

Vortrag für die Jahrestagung der Interreligiösen Konferenz Europäischer Theologinnen in Bad Boll, 08.-10.07.2011 (zugleich eine „Work in Progress"-Studie: Entwurf)

Der Vortrag illustriert zunächst knapp, dass Deutschland als Migrationsgesellschaft zu verstehen ist, stellt im zweiten Teil Forschungsergebnisse zu Fremdenhass und Islamfeindlichkeit vor und nennt zuletzt gesellschaftliche Folgerungen und Antworten aus christlicher Sicht. Ziel dieser christlich-theologisch reflektierten Auseinandersetzung mit der Thematik ist, im interreligiösen Verständigungsprozess zur Ausbildung politisch-ethischer Kompetenz beizutragen.

1. Ausgangslage

Aktuelle Begriffe im Diskurs

Die Polarisierung der öffentlichen Diskussion lässt sich mit zwei Begriffen markieren:

„**Kultur als nationale Wertegemeinschaft**" – Mit dieser Formel wird der historische und aktuelle Konsens eines Kollektivs (des deutschen „Volkes") hinsichtlich einer gemeinsamen Kultur behauptet (→ Kulturalismus). Das geschieht besonders auf christdemokratischer Seite in Anknüpfung an Traditionen der Romantik und des Nationalismus im 19. Jahrhundert (vgl. CSU Parteiprogramm).

„Diversity" Ansatz – Mit dem Begriff der gesellschaftlich gewollten Vielfalt wird eine alternative Perspektive mit weitreichenden Praxisfolgen bezeichnet.
Das Konzept wurzelt in

- Antidiskriminierungsarbeit (USA), aber auch in …
- Unternehmensstrategien, die den Output durch bessere Ressourcennutzung (Kompetenz / Problemlösungen durch Vielfalt) steigern wollen.

Es wird umgesetzt durch das …

- Bewusstmachen von Unterschieden und Einüben gelingender Kommunikation

Gesellschaftskritisch soll Diskriminierung aufgrund von sechs Kriterien überwunden werden:

1. Alter
2. Sexuelle Orientierung
3. Soziokultureller Hintergrund
4. Religiöse Orientierung
5. Hautfarbe
6. „Behinderung"

(vgl. Ausführungen u. zum „Syndrom der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit").

Nach dem „Diversity- Ansatz" erfordert die Überwindung des vereinheitlichenden Kulturalismus:

→„**Transkulturelle Kompetenz**" – die Fähigkeit, sich mit Verschiedenheit auseinanderzusetzen, ohne dabei von einem festen (eigenen) Kulturbegriff auszugehen (s. Schlussteil dieses Beitrags)

Aktuelle Situation in der BRD – ein paar Zahlen und Schlaglichter

- In Deutschland leben ca. 15,6 Mio Menschen mit „Migrationshintergrund" oder „Zuwanderungsgeschichte".
- In der jungen Generation bzw. je nach Region oder Stadtteilen können um die 40% der Wohnbevölkerung „Zuwanderer" (weite Definition, die nicht an Staatsbürgerschaft gebunden ist) sein.
- Die Tatsache der Migrationsgesellschaft wird besonders greifbar in fast völlig mit Einwandererkindern belegten Tagesstätten und Schulen.

- Nach 50 Jahren europäischer Arbeitsmigration sind Millionen Menschen der entsprechenden Anwerbeländer Teil des Landes (2011 ist das Jubiläumsjahr einer Reihe von Anwerbeabkommen Deutschlands mit südeuropäischen Staaten und der Türkei), zudem Flüchtlinge und „Aussiedler“.
  Hauptherkunftsregionen der Migrationsbevölkerung:
  Ex SU: 21%, Türkei 19%, Südeuropa 12%, Polen 11%, Ex-Jugoslawien: 10%
  (nach: Sinus Sociovision, 2008) – wobei es innerhalb des Landes regionale Unterschiede gibt; so stammen z.B. in Duisburg rund 40% der Zugewanderten aus der Türkei.
- Und die Religion? Nur ca. ein Viertel der Immigrant/innen sind muslimisch, die meisten sind Christen (Flüchtlinge)

Aktuelle Migrationsbewegungen:
- Alte Leute „switchen“ zwischen zwei Heimatländern: z.B. gehen Türken im Sommer in die Türkei und Deutsche auf die Kanaren oder Balearen
- Es gibt eine relevante Rückwanderung von jüngeren Menschen, besonders in die Türkei:
  2008: 35.000 gehen, 27.000 kommen neu,
  2009: 40.000 gehen, 30.000 kommen neu (nach: Statistisches Bundesamt).
  Es gehen hoch gebildete, zweisprachige Fachleute; sie arbeiten in der Türkei in Betrieben, die ihre Kompetenzen schätzen und nutzen; viele Rückwanderer sind frustriert von wiederholten Erfahrungen mit Ausgrenzung und Diskriminierung.

Zur Befindlichkeit von Migranten und ihren Nachfahren

Allgemein wurde in Studien eine hohe Zufriedenheit mit dem Leben in Deutschland erhoben (95% sehr oder allg. zufrieden) -- aber auch anhaltende Diskriminierung aufgrund der nichtdeutsche Herkunft festgestellt (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Jahresgutachten, Umfrage bei 5600 Migranten und Nichtmigranten).

Sehr viele Migranten erwarten Erfolg im Leben aufgrund eigener Leistungen (69% -Sinusstudie über Migrantenmilieus 2008)

Viele Türkischstämmige mögen die deutsche Nachbarschaft und haben entsprechende Kontakte; umgekehrt ist „aus deutscher Sicht“ aber eine klare Sympathiehierarchie erkennbar, in der Türken und Russen bzw. Menschen entsprechender Herkunft unten rangieren; auch zwischen diesen beiden Gruppen bestehen Spannungen (vgl. dazu die erste Duisburger Integrationsbefragung, 2009)

Was kommt von den Kirchen zur Migrationsfrage?

Dazu einige exemplarische Hinweise ohne Anspruch, eine konsistente Geschichte zu erzählen:

Ausgelöst durch Begegnungen mit den Kindern begannen evangelische Lehrer/innen sich mit dem Islam zu befassen und schrittweise entstanden Materialien, Beratungsangebote und praktische, alltagsbezogene Kommunikation mit muslimischen Mitmenschen / Familien.

Zu den frühen Reaktionen gehören auch offizielle Statements zur „Gastarbeiter“- oder „Ausländerfrage“. Die diakonische Begleitung der „Gastarbeiter“ beschränkte sich auf die griechischen Einwanderer, während die Türken der AWO überlassen wurden (und die Südeuropäer der kath. Caritas).

Interessant vor dem Hintergrund der jüngeren Integrations- oder Verweigerungsdebatten ist ein **ökumenisches Papier** anlässlich des „**Tages des ausländischen Mitbürgers**“ von **1980**, das feststellte:

„Für das künftige Zusammenleben ist eine gegenseitige Integration erforderlich… Ausländische Mitbürger haben eine großartige Anpassungsleistung vollzogen. Nun ist es auch Aufgabe der Deutschen, sich den neuen Verhältnisse und Bedingungen eines multikulturellen Miteinander anzupassen“ und: „Das Zusammenleben … in einer multikulturellen Gesellschaft ist eine Chance für die Zukunft der Bundesrepublik“.

Heute liegen aus der Diakonie, teils in Übereinstimmung mit landeskirchlichen Stellen, Analysen und Forderungen zum Thema interkultureller Öffnung / Diversity als Zukunftsansatz vor.

Die Kommission für Migration und Integration der EKD veröffentlichte kürzlich einen umfangreichen Beitrag zur einwanderungspolitischen Debatte.

Literaturhinweise:

- „Auf dem Weg zu einer Dienstgemeinschaft mit Anderen“, Tagungsdokumentation, Diakonie und Ev. Kirche in Hessen und Nassau, Darmstadt 2010
- „Die Vielfalt der Stadtgesellschaft als Gestaltungsaufgabe“, Ev. Kirchenkreis Duisburg 2011
- *„... denn ihr seid selbst Fremde gewesen“. Vielfalt anerkennen und gestalten,* EKD Texte 108, Hannover 2009

Auf jahrzehntelange Anstrengungen im interreligiösen Dialog kann der **Ökumenische Rat der Kirchen** verweisen. Ferner wären langjährige und teils hoch Engagierte Initiativen und Arbeitsfelder in Afrika (PROCMURA) oder Südasien zu nennen, in denen Christen und Muslime den Dialog pflegen, und zwar nicht als „religiöses Hobby“, sondern weil sie z.B. versuchen, religiös legitimierte Gewalt zu einzudämmen und zu überwinden. - Ähnliches wäre von der katholischen Kirche als einer globalen Organisation zu sagen.

2. Trends zu Fremdenhass und Islamfeindlichkeit

Dieses Kapitel stellt aktuelle Forschungsergebnisse und korrespondierende mediale Diskurse vor.

1. Islamfeindliche oder –kritische Einstellungen in Deutschland bzw. Europa

„Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt“. Eine vergleichende Bevölkerungsumfrage in sechs Ländern im Exzellenzcluster „Religion und Politik“ unter Leitung des Religionssoziologen **Prof. Detlef Pollack,** WWU Münster (durchgeführt vor der „Sarrazin-Debatte“, präsentiert Okt. 2010)

Einige Ergebnisse dieser Studie:

- Deutsche sind <u>weniger tolerant</u> gegenüber Muslimen als andere Europäer. Diese werden im Vergleich zu anderen Religionen deutlich kritischer gesehen, wobei mit der Häufigkeit der Kontakte die Vorbehalte abnehmen. Problem: es bestehen zu wenige Kontakte.
- <u>Gleiche Rechte</u> für alle religiösen Gruppen werden in Westdeutschland von 49% und in Ostdeutschland von 53 %.befürwortet.
- <u>Stereotypen</u> zu Islam sind in der deutschen Bevölkerung sehr verbreitet.
  Er gilt als frauenfeindlich, fanatisch, gewaltbereit, engstirnig.
- <u>Christentum als kulturelles Fundament</u>? Diese Idee wird von vielen bejaht.
- <u>Passt der Islam zu unserer Kultur</u>? Dies bejahen in: Deutschland ca. 20 %, Frankreich ca. 30%.
- <u>Kulturelle u. religiöse Vielfalt</u> wird in Deutschland maximal von der Hälfte der Bevölkerung bejaht, in anderen Ländern aber von ca. 80%.

Folgerung des Religionsforschers Pollack: Die Aussage „Der <u>Islam gehört zu unserer Kultur</u>“ polarisiert eher, während die Aussage „<u>Muslime gehören zu unserer Kultur</u>“ hilfreicher wäre. -

Anders gesagt: Das Denken in kollektiven Kulturen, ob mit eher positiver oder negativer Intention, sollte der Wahrnehmung konkreter Menschen weichen (Diversity Ansatz vs. Kulturalismus).

„Meinungen zu Islam und Muslimen in Deutschland und Europa“ – eine Bielefelder Untersuchung v. **Prof. Dr. Andreas Zick** u.a. (Erhebung fand statt in 2008, präsentiert Dez. 2009, www.uni-bielefeld/ikg/zick.de, Presse-Info, Umfang 8 S., die 222 S. umfassende Studie erschien bei der FES).

Diese Untersuchung kann ergänzend zu der aus Münster gelesen werden. Sie stellt u.a. fest:

- In Dtl. waren 16 % der Befragten der Auffassung, der Islam passe gut hierher (Zick, 2009, S. 8)
- Zur Islamfeindlichkeit: Der Intoleranzvorwurf und die Frage der Frauenrechte – hier messen Befragte teils mit zweierlei Maß… (s. dazu unten Teil 3.3 Theologische Folgerungen)

Kleiner Exkurs / Notiz:
Die Forschung zu Fremden- und Islamfeindlichkeit erstreckt sich über das ganze Spektrum der im Antidiskriminierungsgesetz angesprochenen Bereiche.
Literaturhinweise:

- Diskriminierung aufgrund der islamischen Religionszugehörigkeit im Kontext Arbeitsleben – Erkenntnisse, Fragen und Handlungsempfehlungen, Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hg.), Verf. Mario Peucker, August 2010
- Starke Frauen – schwerer Weg. Zur Benachteilung muslimischer Frauen in der Gesellschaft, Bundesweites Clearingprojekt: Zusammenleben mit Muslimen (Hg.), c/o Interkultureller Rat, Darmstadt 2010

2. Sarrazin-Debatte: Belastungen für das Zusammenleben

Die monatelang von allen Leitmedien betriebene Vermarktung des Buches von Th. Sarrazin und seine Tournee durch die Republik haben die islam- und fremdenfeindliche Stimmung angeheizt. Das Herbstgutachten des „Sachverständigenrates deutscher Stiftungen Integration und Migration“ konstatiert solche Veränderungen: 2009 sehen 21,7 % ein „ungestörtes Miteinander“; 2010 nur 9,1 %.

Angesichts der alltäglichen Situation in den entsprechenden Stadtteilen sind aber auch Zweifel an der Relevanz dieser Debatte anzumelden. Für viele Menschen, gleich welcher Herkunft, gibt es andere – gemeinsam als Bevölkerungsgruppen an der Basis der Gesellschaft erfahrene - Probleme. Die Wirkungen und Ziele des „Projektes Sarrazin“ hängen vielleicht stärker an ihren Trägern als oft bewusst ist. Umgekehrt haben die Betroffenen in den Quartieren wenig oder oft keine Möglichkeiten der öffentlichen Artikulation über Defizite in öffentlichen Strukturen, Zusammenleben und Ausschluss.

3. Rechtspopulismus: Pro NRW, informelle Gruppierungen, Resonanz in der Bevölkerung

Das Thema der rechts-politischen Gruppen kann hier nur knapp angesprochen werden. Stattdessen wird im anschließenden Abschnitt auf Trends in der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ verwiesen. Es geht natürlich nicht darum, diese Gruppierungen zu ignorieren. Jedoch besteht die vermutlich größere Problematik im Eingehen rechtspopulistischer Propaganda in den „Wertehaushalt“ und Diskurse nicht rechtsradikaler bzw. sich als unpolitisch verstehender Gruppen.

> „Die politische Effektivität der Rechtspopulisten misst sich in erster Linie also nicht daran, was sie selbst tatsächlich umzusetzen imstande sind, sondern daran, wie weit sie den politischen Diskurs in gesellschaftspolitisch sensiblen Fragen mitbestimmen können. Ihr indirekter Einfluss und ihr Agenda - Setting bleiben ihre größten Erfolge.“ (Bauer, 15, s.u.)

Zudem wird beobachtet, dass

„sowohl Gewerkschafts- als auch Kirchenmitglieder keinesfalls eine geringere rechtsextreme Einstellung ... zeigen. Wir haben sogar festgestellt, dass es bei manchen Dimensionen zu einer höheren Ausprägung kommt… [und dass] Protestant/innen eher chauvinistischen und ausländerfeindlichen Aussagen zuneigen“ [als Konfessionslose, S.P.] (Die Mitte in der Krise, 88, s.u.).

Daher ist die deutliche Kirchenleitende Distanzierung von Pro NRW und ihrem Slogan: „Abendland in Christenhand“ seitens der ev. u. kath. Kirchen in NRW im Jahr 2010 nur ein erster Schritt der nötigen Auseinandersetzung.

Literaturhinweise (bei Auftraggebern als download verfügbar):

- Rechtspopulismus in Europa. Vergängliches Phänomen oder auf dem Weg zum politischen Mainstream? FES (Hg.), Verf. Werner T. Bauer, Juni 2010
- Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, v. Oliver Decker, Marliese Weißmann, Johannes Kiess, Elmar Brähler, FES (Hg.) Bonn, 2010
- Rechtspopulismus in Gestalt einer „Bürgerbewegung”. Struktur und politische Methodik von PRO NRW und PRO DEUTSCHLAND, Neuf. 2010, Expertise der Arbeitsstelle Neonazismus an der FH Düsseldorf

4. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Dieser Terminus stammt aus der **Langzeituntersuchung** von **Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer** u.a., **Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld**. Sie wird seit 2002 fortlaufend unter dem Titel „Deutsche Zustände“ veröffentlicht (Suhrkamp Verlag sowie: http://www.uni-bielefeld.de/ikg).

Die Verfasser befragen ca. 20.000 Personen, daher sei es das „weltweit größte […] Vorurteilsprojekt“.

Wesentliche Kennzeichen des *Syndroms der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF)*
(nach der zusammenfassenden Presse-Info vom 03.12.2010, Umf. 19 S., Bezug s.o.)

Hintergrund…

- …. des Phänomens sei die Zunahme von Bedrohungsgefühlen und Aggression aufgrund der Wirtschaftskrise, speziell bei höherem Einkommensgruppen;
  auch die Armen reagierten darauf, aber spezifisch: sie fordern mehr Unterstützung von Arbeitslosen und weniger Hilfen für Einwanderer
- die jeweils favorisierten „Gerechtigkeitskonzepte“, also z.B. vorrangige Orientierung an Leistungs- statt an Bedarfsgerechtigkeit bewirken …

… gesellschaftliche Optionen für:

- „Sicherung sozialer Privilegien“, „kulturelle Abwehr“, „Abstreifen der Liberalität“ (S. 16)

… und Vorurteilsstrukturen, zu denen gehören:

- Feindselige Wahrnehmung bzw. Mentalität gegenüber Personen mit bestimmten Merkmalen
- Abwertende Haltung gegenüber Schwächeren, ökonomistisches Denken, Bejahung und Beanspruchung von Etablierten-Vorrechten
- Islamfeindlichkeit, die in der politischen „Mitte“ und auch bei Linken zunimmt.

„Die zunehmende Islamfeindlichkeit zeigt sich insbesondere bei höheren Einkommensgruppen. Bildung wirkt in diesem Fall der Abwertung nicht entgegen. Islamfeindlichkeit ist konsensfähig, auch bei jenen, bei denen es bisher nicht zu erwarten war.“ (Presse-Info, S. 16)
„Rechtspopulistische Einstellungen nehmen insbesondere zwischen 2009 und 2010 in höheren Einkommensgruppen deutlich zu. …

> Rechtspopulistische Einstellungen verbinden sich mit islamfeindlichen Einstellungen und sind aggressiv aufgeladen.“ (16)

Zusammenfassend konstatieren die Autor/innen ein …

Phänomen der „rohen Bürgerlichkeit“ (S. 15):

> „[Wir haben] es mit einer zunehmend rohen Bürgerlichkeit zu tun. Diese Rohheit zeichnet sich dadurch aus, dass es infolge von ökonomischen wie gesellschaftlichen Kriseneffekten deutliche Hinweise auf eine entsicherte wie entkultivierte Bürgerlichkeit gibt, die auch über angeblich liberale Tages- und Wochenzeitungen verbreitet wird.
> Diese rohe Bürgerlichkeit wird nicht als Status sondern als Haltung verstanden. Es ist nicht der Umfang, sondern die *Einflussmächtigkeit* dieser höheren Einkommensgruppen zur negativen Veränderung des sozialen und politischen Klimas, die scharf markiert werden muss.“ (Hervorh. i. Orig.)

Aus dem Forschungszusammenhang über das „Syndrom GMF“ stammen auch Erhebungen zu islamfeindlichen Einstellungen in acht europäischen Ländern. Die Ergebnisse ähneln einerseits der Untersuchung des Münsteraner Prof. Pollack (s.o.), spitzen andererseits vor dem Hintergrund des GMF-Syndroms zu:

> „Wir können nachweisen, dass eine generelle Befürwortung einer Hierarchie zwischen Gruppen (die einen sind oben, die anderen unten) dazu führt, dass diese spezifischen Gruppen abgewertet werden.“ (Andreas Zick u. Beate Küpper, Meinungen zum Islam und Muslimen in Deutschland und in Europa, Pressinfo 06.12.2009, S. 4)
> „Wir können […] zeigen, dass eine Zustimmung zu islamfeindlichen Einstellungen signifikant mit einer Absicht der Diskriminierung einhergeht.“ (S. 5)
>
> Beobachtung: Islamfeindliche Äußerungen sind – anders als die Herabsetzung anderer Gruppen - öffentlich nicht geächtet (ebd.)
>
> Literaturhinweis:
> - Andreas Zick, Beate Küpper, Andreas Hövermann, Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, FES (Hg.), Bonn 2011

5. Mediale Forcierung und Gegendiskurse

Die Untersuchung fremden- bzw. islamfeindlicher Trends muss deren Forcierung durch die Medien bedenken und kann auch Versuche zum Gegensteuern entdecken. Vorbehaltlich einer gründlichen Aufarbeitung seien für beide Trends exemplarisch genannt:

1. Thilo Sarrazin mit seinem Bestseller ist zum einen Verkaufsschlager und Quotengarant und zum anderen Ablenkungsmanöver, um in der Wirtschaftskrise mit ihrem neuerlichen Sozialabbau bzw. der Großförderung des Finanzsystems ein Ventil zu bieten. Er ist als Exponent und Repräsentant einer Botschaft von den dominanten Medien und politischen Interessen aufgebaut worden und könnte ohne diese gar nicht wirken (meint W. Gebhardt in: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften 290/2011).

2. Alice Schwarzer mit ihrer ebenfalls sehr profitablen Publizistik ist Propagandistin einer antiklerikalen und laizistischen Ideologie, die mit dem Islam, besonders muslimischen Kopftuchträgerinnen, ein generalisiertes Feindbild und eine Verschwörungstheorie in den Mittelpunkt stellt. In diesem Konstrukt, das historische und nationale Differenzierungen außer acht lässt, können ein-

zelne, subjektiv begründete Sonderfälle (von „nicht islamistischen“ Kopftuchträgerinnen) zugelassen werden (s. Mercator-Vorlesung, Essen, Jan. 2011). Vorrangig werden aber die Frauen als Instrumente einer objektiven Bedrohung denunziert
(vgl. dazu: Offner Brief an Alice Schwarzer, S. Plonz, unter: www.kirche-duisburg.de/content/e175/e4/e6310/e6312/infoboxContent6623/Schwarzer-OffenerBrief.pdf)

3. Den starken Einflüssen der Massenmedien stehen bürgerliche Zivilisierungsversuche der Islamfeindlichkeit gegenüber: von N. Kermani über kritische Feuilletonisten der bürgerlichen Presse wie P. Bahners oder T. Steinfeld, bis zu Forschungsinstituten, Sektoren der Kirchen …

   Literaturhinweise:
   - Bahners, Patrick, Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam. Eine Streitschrift, München: Beck 2011
   - ders., Fanatismus der Aufklärung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2010 (verfügbar als download)
   - Navid Kermani, Wer sind wir? Deutschland und seine Muslime, München: Beck 2009

4. Sodann gibt es Initiativen wie das *„Institut für Medienverantwortung“* (Dr. Sabine Schiffer), die auf die Gefahren der Vermischung von Rassismus, politischen Interessen und Medienmacht hinweisen. Diese wirke sich derzeit besonders als Islamfeindlichkeit aus (Schiffer hat dies z.B. im Umfeld des Dresdener Mordanschlags auf Marwa el Sherbini, die Polizeischüsse auf ihren Mann und die strafrechtliche wie mediale Aufarbeitung kritisiert: www.medienverantwortung.de.

Exkurs: Sarrazin und die mediale Leitkulturdebatte

a) Wer sind die Sarrazinleser?

Laut Umfrage der „Gesellschaft für Konsumforschung“ (10.000 Befragte) im Auftrag der Süddeutschen Zeitung: (zusammengefasst in SZ 08./09.Jan. 2011, S. 5)

- Männer, ältere Mittelschicht und junge Leute in guter Position
- wollen keine Veränderung, leben gut, sorgen vor
- mögen Volksmusik und Satire im TV
- lesen gern, sind informiert, 48 von 100 haben Abi und Studium (Dt. allg.: 21!)
- bevorzugte Zeitungen: FAZ am Sonntag liegt sehr weit vorn, gefolgt von Welt am Sonntag, FAZ, Zeit, SZ, Bild, (taz)

b) Sarrazin – ein Prototyp für das Syndrom der GMF? - Dafür sprechen einige Beobachtungen. Denn er…

- verbalisiert die Trends zur GMF nach Heitmeyer u.a und bedient ihr besonderes Klientel
- stilisiert sich als Opfer und Kämpfer für Meinungsfreiheit: bringt keine neuen Themen – aber:
- manipuliert in seiner „empirischen“ Argumentation („Zahlen schöpfen“, ignorieren von Forschung, Polizeiaussagen...u.a., s. Literaturhinweis)
- nutzt ökonomistisches Denken, vertritt biologistische Thesen: „Gebäranreize für Akademikerinnen“
- enttabuisiert soziogenetische Bevölkerungspolitikmodelle wie z.B. Intelligenz-Gen-Konnex
    - beides findet sich bereits im Wohlfahrtsstaats-Diskurs der ausgehenden Weimarer Republik
- lenkt von Wirtschaftskrise und Sparpolitik ab (zu rechtspopulistischen Reaktionen auf solche Krisen gehört immer auch EU- bzw. Solidargemeinschaftskritik)
- verkauft sich als Frauenrechtler ohne über allgemein gesellschaftliche Verletzungen von Frauenrechten (Erwerbsarbeit, sozialer Aufstieg und Absicherung) zu sprechen
- ist Instrument der Massen-Medien – ein Verkaufsschlager und wird (nach Gebhardt, Argument 290, 2011) von diesen als Figur zwecks *Transport ihrer Botschaft* aufgebaut.

Literatur:

- Foroutan, Naika (Hg.), Das Sarrazin Dossier. Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand, Dez. 2010 (download bei Humboldt-Uni Berlin, Druck - Veröff. geplant)

Das Thema Medienkritik bzw. -verantwortung und Islamfeindlichkeit müsste ausführlicher bearbeitet und strategisch beantwortet werden. Hier seien zumindest zwei Problemanzeigen festgehalten (mit Schiffer u.a.), die auch für den interreligiösen Dialog zu bedenken sind:

1. Problem: Aus negativen Medienberichten ziehen Menschen verallgemeinernde Schlüsse; dagegen kommen differenziertere Medienberichte z.B. über die islamische Religion oder Lebenswelten von Migranten nachweislich nicht an (Schiffer, a.a.O., Manuskript vom 20.01.2011)

2. Problem: Aus der Dauerthematisierung des Islam in den Medien und der wohlmeinenden „Aufklärungsarbeit" (auch der kirchlichen) resultiert im gesellschaftlichen Bewusstsein die Bestätigung der „Verdachtsmomente"; im Bewusstsein bleibt, dass gesellschaftliche Probleme und Konflikte mit „Religion" (bzw. Religionskritik) kaschiert werden, obwohl sie anderer Natur sind.

3. Gegenwehr aus christlicher Sicht?

Die Gegenwehr zu diesen Trends ist politisch, nicht spezifisch christlich und sollte nicht in separaten religiösen Organisationen und Perspektiven geschehen. Es geht vielmehr um die Schaffung eines alternativen gesellschaftlichen Konsenses (zum Konsens der herrschenden Meinung).

Dennoch ist als Teil dieser Gegenwehr – ergänzend zur ideologiekritischen Auseinandersetzung mit den öffentlichen Diskursen - auch nach theologischen und religiösen Ressourcen zu fragen sowie kritisch die kircheninterne Widerholung von Ausschlussmechanismen zu thematisieren.

Daher vollziehen die folgenden Thesen eine Doppelbewegung, in dem sie je ein Fazit aus der gesellschaftlichen Analyse, das nicht religiös gebunden ist formulieren und in der christlichen Tradition begründete Alternativen aufzeigen, die - so die Hoffnung – innerchristlich weiter zu bearbeiten sind.

1. Kritik von Islamfeindschaft und Rassismus in den Medien

„Du sollst nicht falsch Zeugnis reden…"

Nötig ist eine Kritik des Kulturalismus bzw. der Berufung auf Leitkulturen, mit denen der Islam dämonisiert und die eigene Kultur idealisiert wird. Dieser Kulturalismus ist die andere Seite der Medaille antiislamischer und fremdenfeindlicher Diskurse in den Leitmedien und bei „uns selbst".

Aus christlicher Sicht muss speziell der Rede über eine „christlich-jüdische Leitkultur" widersprochen werden, denn sie sie drückt Herrschafts- und Vereinnahmungswünsche aus und kann sich nicht auf *die* Geschichte berufen, in die sich Christen stellen: die Geschichte des biblischen Israel und darin des Weges Jesu v. Nazareth.

Dazu braucht es Schulung im kritischen Umgang mit Medien und eine konsequente Berichterstattung über islamfeindliche Gewaltakte (→ Sabine Schiffer, IMV).

Dies umfasst mindestens vier Aspekte, die auf alltägliche Erfahrungen anzuwenden sind: (1) sich nicht auf Stimmungen und Meinungen anstelle auf Fakten und Hintergrundwissen verlassen (2) kritische Medien fördern, Rassismus öffentlich benennen, (3) mit anderen kooperieren und den Rechtspopulisten den öffentlichen Raum streitig machen sowie (4) für eine fachlich differenzierte Wahrnehmung der Migrationsgesellschaft - auch in der Kirche - eintreten (die „Volkskirche" *war* Mehrheitskirche und muss neu definieren, wer denn das Volk ist, für das sie eintritt).

… aus christlicher Sicht?
Das Bilderverbot als Herrschaftskritik und Ausdruck der Menschenfreundlichkeit

In der Bibel steht das – in den Kirchen zu wenig bedachte - Bilderverbot der Ideologie der „Leitkultur“ entgegen.

Dies sei in wenigen Thesen mit einigen biblischen Bezügen erläutert:

Sich kein Bild von Gott machen heißt: Niemand Andern zu Gott machen als *den*, der das Volk befreit.

Das Volk aber konstituiert sich erst im Prozess des Exodus. Es ist keine „Kultur“ oder „Nation“, es ist ein Projekt, das mit dem Auszug aus der Sklaverei beginnt. Wenn man in diesem Rahmen überhaupt von einer Identität sprechen will, dann kann sie nichts Repressives und gleichsam orthodox Festgelegtes sein.

Vielmehr würde es sich um eine flüssige Identität handeln, die an das Kriterium „Befreiung“ gebunden ist. In ihr sind die kollektive Erinnerung an das Befreiungsprojekt und stetes Hinweisen auf die noch ausstehende Befreiung verknüpft. Anders gesagt: es geht um *eine utopische Erinnerung an ein Leben ohne Unterdrückung.* Dafür steht – in einer gesellschaftskritischen politischen Lektüre der Schrift – das Bilderverbot.

Es folgen ein paar Verweise auf seine Konturen in der Bibel:

Kein Bild von irgendetwas auf der Erde machen heißt, sich nicht von Produkten menschlicher Arbeit oder ideologischen Konstrukten zu unterwerfen (Psalmen, Prophetentexte).

Der Gott, von dem es kein Bild geben soll, schuf die Menschen zu seinem Bilde (Gen 1,27). Diese immer neu entstehende Bildervielfalt unterliegt ihrerseits dem Bilderverbot. Denn im Gegenüber des anderen Menschen begegnet uns die Aufforderung, sich an den „Gott“ zu erinnern, der befreit (Ex 33) und danach zu handeln.

Kein Bild vom Menschen machen und keinen anderen „Gott“ als diesen haben sind zwei Seiten einer Medaille.

Auch die Christologie ist vom Projekt des Exodus als Entwurf einer Gemeinschaft freier Menschen zu lesen:

Der Mensch Jesus ist als Bild Gottes – gleich mit allen Menschen – gewürdigt wie alle Menschen.

Wenn Christen von Jesus als „Kind Gottes“ sprechen, erinnern sie auch daran, dass alle Menschen Geschöpfe Gottes sind, seine Kinder, nach seinem Bild. So rechnen sie ihn und seine „Geschwister“ selbstverständlich zu den Kindern Abrahams (Sarahs und Hagars), doch auch Ruths, Mirjams, …

Wenn er von Christen als Gottes Gesandter (Prophet) und Gesalbter (Messias) verstanden wird, dann sagen sie damit, dass in seinem Weg die utopische Erinnerung an das unvollendete Befreiungsprojekt weiterlebt.

In diesem Sinn verpflichtet das Bilderverbot zur Menschenfreundlichkeit und darauf, „alle Verhältnisse zu überwinden, in denen der Mensch ein geknechtetes … Wesen ist.“

2. Perspektive der Diversity / Vielfalt

„Jede hörte sie in der eigenen Sprache reden…“ (Apg 1, 6)
„Sie werden kommen vom Osten und vom Westen,
vom Norden und vom Süden
und im Reich Gottes zu Tisch sitzen.“ (Lk 13,29)

Was ansteht, ist die Einübung transkultureller Kompetenz und das Engagement für Vielfalt auf allen Handlungsebenen in Kirche und Gesellschaft.

Während die Kommunen zunehmend Konzepte interkultureller Öffnung erarbeiten und die Diakonie zumindest die fachliche Notwendigkeit erkennt, neigt die verfasste Kirche derzeit noch eher zu Homogenität und Binnenorientierung.

Der Diversity - Ansatz soll der Kulturalisierung und damit dem Ausschluss der Anderen entgegenwirken und für veränderliche, mehrdeutige kulturelle Vielfalt in der Gesellschaft sensibilisieren. Statt um die Abwertung vermeintlich schwächerer oder bedrohlicher Gruppen geht es um die Anerkennung der Anderen als Andere und Gleichberechtigte.

Als gesellschaftliche Praxis verstanden sollen mit „Diversity“ strukturelle und institutionelle Veränderungen erreicht werden, so dass Vielfalt willkommen geheißen und Diskriminierung überwunden wird. Sie lebt von der Vision, dass bejahte Vielfalt einen Zuwachs an Erfahrungen und Einsichten bringt, die letztlich allen nutzt.

Die „Diversity“ – Perspektive ist also ein Gegenprogramm zum Syndrom der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“.

… aus christlicher Sicht?
Die Reich Gottes Hoffnung als Gegenmodell zur rohen Bürgerlichkeit

Die christliche Gemeinschaft ist selbst auf ein Programm der Vielfalt verpflichtet, in einer Gesellschaft, in der alle Platz haben. Und zwar doppelt:

- geschichtlich wie aktuell in der weltweit verzweigten und vielfältigen Christenheit
- im gesellschaftlichen und politischen Kontext.

Zentral für die Botschaft beider Teile der Bibel ist die Ankündigung, Anrufung und – nach dem Zeugnis der Evangelien – der Anbruch des Gottesreiches (Königreich JHWH; basileia oder politeuma tou ouranou). Dieses in Analogie zu den damaligen politischen Systemen „Reich“ genannte Projekt meint den Beginn eines fundamental erneuerten und veränderten Gemeinwesens.

Das „Reich Gottes“ ist das Projekt eines Gemeinwesens, in dem alle Rechte haben, vor allem die, die jetzt zu den Ausgeschlossenen gehören. In der Bibel sind sie es selbst, die diese Vision entwickeln (vgl. z.B. Paulus; Evangelien; Apk).

Das „Reich“ ist der Weg Jesu. Es ist der Gegenentwurf zu den Imperien der biblischen Zeit, das Ende der „rohen Gewalt“, der Ausgrenzung und Abwertung und zugleich die Anerkennung einer besseren Gerechtigkeit als die der herrschenden Eliten: „Eine andere Welt ist möglich“, um es in einer modernen Formulierung der globalisierungskritischen Bewegungen zu sagen.

Diese Vision stellt sich der „rohen Bürgerlichkeit“ entgegen, in der Egoismus und Rücksichtslosigkeit den Kompass des „anständigen Bürgers“ bilden.

In der biblischen Sozialgesetzgebung und Prophetie finden sich zahlreiche Konkretisierungen dieser Hoffnung. Sie sind heute noch mit Gewinn zu studieren. Doch letztlich werden im politischen Prozess heute angemessene Umsetzungen gefunden werden müssen.

Biblische Anregungen für die gegenwärtige Diskussion sind ihr Umgang…

- mit Fremden und Ausländern (Schutz, differenzierte Rechte)
- mit Gewalt und Vertragsbereitschaft (Abrahams-Bündnisse, Vermischungsverbot),
- mit dem Recht generell, verstanden als Ausdruck und Form der Gottes- und Nächstenliebe.

3. Warum sich längst nicht genug bewegt – Zur Notwendigkeit von Feminismus

Im letzten Teil dieses Beitrags soll mit Bezug auf die interreligiöse Theologinnen -Tagung über die geschlechterkritische Dimension der Thematik reflektiert werden, verbunden mit dem Ruf zur Tat. Diese ist von allgemeiner Relevanz und darf bei der Auseinandersetzung mit Ausländer- und Islamfeindlichkeit nicht fehlen, wenn das Generalthema wirkungsvoll angegangen werden soll.

Die Lage stellt sich aus weiblicher Sicht widersprüchlich dar:

Während einerseits „der“ Islam oder „nichtwestliche“ Kulturen der Frauenfeindlichkeit beschuldigt werden, ist die feministische Bewegung hierzulande nur noch in spezialisierten Kreisen (z.B. Wissenschaft, Fachmedien) zu hören, als lila Pünktchen in sozialen Protesten oder hier und da in kirchlichen oder anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu sehen.

Während in den Institutionen und Strukturen der Mehrheitsgesellschaft Frauenbefreiung lange nicht verwirklicht ist, instrumentalisieren Islam- oder fremdenfeindliche Strömungen vor allem Frauen für ihre Ausgrenzungsstrategien. Frauen werden von fremden- und islamfeindlichen Trends besonders betroffen.

Es scheint: Frauen verschiedener Religionen und Herkunftsgeschichte werden gegeneinander ausgespielt und setzen dem kaum etwas entgegen; viele machen eher mit, statt sich zu solidarisieren.

Dabei ist umgekehrt klar, wer nach der einen Seite ausgrenzt und abwertet, tut es gegenüber anderen auch: Anti-muslimisch eingestellte Befragte fordern z.B. auch, dass Frauen ihre Rolle als Ehefrau und Mutter ernster nehmen sollten (Zick 2009, a.a.O., 3 u.8).

Zudem könnten wir - gerade als Kirchenkennerinnen - genügend Beispiele zu Frauendiskriminierung in der „Mehrheitsgesellschaft“ nennen.

Daher ist die Fremden – und Islamfeindlichkeit mit feministischer Brille zu lesen und als aktuelle Agenda weiblicher Solidarität zu verstehen, und das über die eigenen Religionsgemeinschaft hinaus.

Es braucht eine neue Frauenbewegung. Sonst wird sich nichts Entscheidendes verändern. (vgl. das Manifest des *Interreligiösen Thinktank* in der Schweiz: http://www.interrelthinktank.ch).

Frauen müssen also fragen:

- wie können wir uns gegenseitig stützen und fördern?
- Welchen Interessen dienen wir, wenn wir andere Frauen denunzieren oder ausgrenzen?

Und speziell als Frauen in den Kirchen:

- Kennen wir unsere eigenen Interessen genau genug?
- Welche Chancen haben wir aktuell, sie zu verwirklichen?

Zur weiblichen Bewegung gegen Fremden- und Islamfeindlichkeit gehören also aktualisierte feministische Analysen und Forderungen. Daher ist Schluss zu machen mit dem harmlosen, einschläfernden allgemeinen „Herum-Gendern“ und dem Verheddern in bürokratischem Gestrüpp.

Setzen wir unseren Elan daran, Ungleichheit und ihre Gründe beim Namen zu nennen.

Fordern wir unsere Rechte. Denn solange Gesellschaft und Religionsgemeinschaften Macht und Einfluss nach Geschlechtskriterien verteilen und ökonomische Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern herrscht, ist Demokratie auch nicht verwirklicht.

Eine Gesellschaft, in der Herrschaft und Distanz die Chancen bestimmen, kann nicht integrativ sein – und daher kaum glaubwürdig Integration fordern. Eine (religiöse) Institution, die im Innern exklusiv strukturiert ist, kann schwerlich nach außen inklusiv und integrativ wirksam werden.

Diese Zustände stehen der Erfüllung der biblischen Vision entgegen, die viele Frauen teilen und interreligiös ins Gespräch bringen: dass die ganze Schöpfung befreit und erneuert werden wird.

… aus christlicher Sicht? Von der Bibel inspiriert, politisch denkend eingreifen

Frauen haben schon viel im Sinn dieser Vision getan und erarbeitet. Das meiste ist den Engagierten bekannt – und doch auch in breiten Kreisen der Kirche unbekannt:

- Feministische und sozialkritische Re-Lektüre der Bibel, die …
  … verdrängte weibliche Traditionen hebt, Sub-Texte herausstellt, frauenzentriert liest, biblische Gewaltkritik aufzeigt und eine Kritik der biblischen Gewalt übt…
- Interreligiöse Dialoge, die sich auf Verheißungen und Erwählungen Sarahs u. Hagars berufen
- Projekte des Empowerment u.a.

Im Licht der vorgetragenen Analysen ist aber - auch im interreligiösen Dialog - wichtig:
Begreifen wir uns selbst und andere nicht primär als „religiöse Wesen“, sondern als selbstbewusste Bürgerinnen, die aus alten und neuen Quellen schöpfen.

Das heißt für Christinnen:

- Überwindung der Binnenperspektive - und sei sie so anregend wie die Metapher der an Vielfalt und Demokratie ausgerichteten „Frauenkirche“ (Schüssler-Fiorenza).
- Ermächtigung und politische Bewusstwerdung – im Alltag, durch die Arbeit an und für Stärken von Frauen.

Theoretisch gesprochen:
„Frauenstärken könnten als Praxis interpretiert werden, die in der Kritik der verkehrten Verhältnisse ihren Ausgang nimmt und daraus ihre Projektionskraft gewinnt, aber historisch offen ist und daher Entwurfscharakter behält.“
(Zitat: Susi Zornig, Die Farbe Lila mit der Farbe Purpur verwechselt. Feministische Fragen und Antwortversuche zum Fall Käßmann, in: Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, 287/2010, S. 375)

Praktisch gefragt:
Was können wir tun, um Frauen zu stärken und die Stärken von Frauen zu entwickeln?
Wie können Frauen heute trotz anhaltender Diskriminierung und fehlender Bewusstseinsbildung Subjekte mit Rechten und Stärken werden?